

Beschlussempfehlung und Bericht **des Ausschusses für Gesundheit (14. Ausschuss)**

zu dem Antrag der Abgeordneten Johannes Wagner, Julia Schneider, Dr. Janosch Dahmen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 21/6343 –

Hitzekrise ernst nehmen – Hitzeschutz verbindlich, sozial gerecht und finanziell absichern

A. Problem

Die Antragsteller stellen fest, dass 99 Prozent aller extremwetterbedingten Todesfälle seit dem Jahr 2000 auf Hitzeereignisse zurückzuführen sind. Hitze verstärke soziale Ungerechtigkeit, führe zu volkswirtschaftlichen Verlusten, gefährde die psychische und physische Gesundheit und stelle das Gesundheits-, Pflege- und Sozialsystem vor große Herausforderungen.

B. Lösung

Ein wirksamer Hitzeschutz, so die Antragsteller, sei eine dringende gesamtgesellschaftliche Aufgabe der Gegenwart. Sie fordern einen verbindlichen, sektorenübergreifenden und sozial gerechten Hitzeschutz, von der Hitzevorsorge über den Schutz vulnerabler Gruppen im Gesundheits- und Pflegesystem bis hin zu einem wirksamen Arbeitsschutz.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 21/6343 abzulehnen.

Berlin, den 14. Oktober 2026

Der Ausschuss für Gesundheit

Dr. Tanja Machalet
Vorsitzende

Serdar Yüksel
Berichtersteller

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht des Abgeordneten Serdar Yüksel

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 86. Sitzung am 25. Juni 2026 den Antrag auf **Drucksache 21/6343** in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Gesundheit überwiesen. Außerdem hat er die Vorlage zur Mitberatung an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Energie, den Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit, den Ausschuss für Kultur und Medien sowie den Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller konstatieren, dass die Hitzewellen ein gesundheitliches und ökonomisches Risiko seien und Hitze sogar als das tödlichste Extremwetterereignis eingestuft wird. Die Auswirkungen von Hitze seien sozial asymmetrisch verteilt, da insbesondere vulnerable Gruppen sowie sozio-ökonomisch benachteiligte Menschen in urbanen Hitzeinseln einem erhöhten Mortalitäts- und Morbiditätsrisiko ausgesetzt seien. Hitzeextreme verursachten zudem massive volkswirtschaftliche Schäden.

Sie fordern daher die Etablierung eines sozial gerechten und umfassenden nationalen Hitzeschutzsystems. Sie plädieren für eine sektorübergreifende Erweiterung und beschleunigte Implementierung des bundesweiten Hitzeschutzplans. Im Zentrum stehe die Sicherstellung einer konsistenten Finanzierung durch eine Kooperation zwischen Bund und Ländern sowie die gezielte Unterstützung des Gesundheits- und Pflegesystems. Darüber hinaus wird die Notwendigkeit betont, durch kommunale Maßnahmen den Schutz vulnerabler Personengruppen sowie den Arbeitsschutz bei extremen Temperaturen institutionell zu verankern.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 50. Sitzung am 14. Oktober 2026 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke beschlossen, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 21/6343 zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat in seiner 53. Sitzung am 14. Oktober 2026 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke beschlossen, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 21/6343 zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat** hat in seiner 24. Sitzung am 14. Oktober 2026 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke beschlossen, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 21/6343 zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat in seiner 39. Sitzung am 14. Oktober 2026 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke beschlossen, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 21/6343 zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit** hat in seiner 45. Sitzung am 14. Oktober 2026 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke beschlossen, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 21/6343 zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat in seiner 29. Sitzung am 14. Oktober 2026 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke beschlossen, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 21/6343 zu empfehlen.

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Der **Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen** hat in seiner 32. Sitzung am 14. Oktober 2026 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke beschlossen, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 21/6343 zu empfehlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Gesundheit hat in seiner 52. Sitzung am 8. Juli 2026 seine Beratungen zu dem Antrag auf Drucksache 21/6343 aufgenommen und beschlossen, eine öffentliche Anhörung durchzuführen.

Die öffentliche Anhörung fand in der 56. Sitzung am 23. September 2026 statt. Als sachverständige Organisationen waren eingeladen: AWO Bundesverband, Deutsche Interdisziplinäre Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin (DIVI), Deutscher Städte- und Gemeindebund (DStGB) und KLUG – Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit. Als sachverständige Einzelpersonen waren eingeladen: Dr. Alexandra Schneider (Helmholtz Zentrum München, Deutsches Forschungszentrum für Gesundheit und Umwelt), Prof. Dr. Andreas Matzarakis (Albert-Ludwigs-Universität Freiburg), Dr. Henrik Scheller (Deutsches Institut für Urbanistik (difu)) und Prof. Dr. Claudia Traidl-Hoffmann (Universität Augsburg, Institut für Umweltmedizin und Integrative Gesundheit). Auf das Protokoll der Anhörung und die als Ausschussdrucksachen verteilten Stellungnahmen wird verwiesen (Ausschussdrucksachen 21(14)1-7).

In seiner 59. Sitzung am 14. Oktober hat er die Beratungen fortgesetzt und abgeschlossen.

Als Ergebnis empfiehlt der **Ausschuss für Gesundheit** mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke, den Antrag auf Drucksache 21/6343 abzulehnen.

Fraktionsmeinungen

Die **Fraktion der CDU/CSU** stellt fest, es seien gerade für vulnerable Gruppen kurzfristige Maßnahmen beim Hitzeschutz notwendig, um die Menschen in Hitzeperioden besser zu schützen. Der richtige Weg liege jedoch nicht in neuen Strukturen und Bürokratie, sondern in einer besseren, konsequenteren Umsetzung der bereits bestehenden Regelungen und Instrumente sowie passgenaueren und unbürokratisch umsetzbaren Maßnahmen, die vor Ort schnell wirkten. Inzwischen hätten Krankenkassen, Ärzteschaft, Pflege, Wissenschaft und Industrie gemeinsame Vorschläge für ein widerstandsfähiges und nachhaltiges Gesundheitswesen gemacht. Das zeige, dass das Thema längst angekommen sei und man nur bestehende Regelungen umsetzen müsse, statt neue Regeln zu schaffen. Daher lehne man den Antrag ab.

Die **Fraktion der AfD** betont, dass Hitze für ältere und kranke Menschen gefährlich sein könne. Hier solle aber unter dem Deckmantel des Klimaschutzes ein neues Bundesprogramm mit neuen Behörden, neuen Fördertöpfen und neuen Durchgriffsrechten auf die Kommunen verkauft werden. Der Mensch passe sich an neue Umweltbedingungen an und entwickle sich weiter. Dazu gehörten auch Klimaanlageanlagen, von denen in dem Antrag aber keine Rede sei. Es brauche keine grüne Krisenrhetorik mit apokalyptischen Billionenprognosen für die Weltwirtschaft. Es sei ein Skandal, wenn neue Pflegeeinrichtungen mit Wärmepumpen zum Heizen gebaut würden, aber keine Möglichkeit zur Klimatisierung hätten. Man werde den Antrag ablehnen.

Die **Fraktion der SPD** teilt das Anliegen des Antrages. Man benötige eine bessere Zielrichtung und eine bessere Koordination zwischen Bund, Länder und Kommunen. Die Kernfrage sei aber die Finanzierung. Die Förderlandschaft sei mit über 270 einzelnen Bundesprogrammen zersplittert. Die Kommunen begrüßten zwar Pläne zum Hitzeschutz, lehnten aber eine verbindliche Pflicht zu kommunalen Hitzeplänen ab. Der Bund könne Kommunen keine Planungspflicht auferlegen und sei bereits seit 2023 mit einem Hitzeschutzplan u. a. für Kliniken, Pflege und Apotheken aktiv. Außerdem könnten auch Mittel aus dem 500 Milliarden Sondervermögen für den Hitzeschutz eingesetzt werden. Das Anliegen sei richtig, aber aus den genannten Gründen lehne man den Antrag ab.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** führt aus, 2026 sei einer der heißesten Sommer der Wetteraufzeichnungen gewesen. 16 000 Menschen seien vorzeitig aufgrund der Hitze verstorben und viele Tausende mehr hätten unter der Hitze gelitten. Man habe bereits mit mehreren Anträgen darauf aufmerksam gemacht, aber trotzdem sei man nicht ausreichend auf die Hitze vorbereitet gewesen, die in den nächsten Jahren immer häufiger zur Regel

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

statt zur Ausnahme werde. In dem Antrag werde konkret neben der passiven Kühlung auch die aktive Kühlung angesprochen. Man benötige dafür die finanziellen Mittel, die der Antrag auch fordere, und verbindliche Alarmketten sowie kommunale Hitzeschutzpläne. Nötig sei ein Gesundheitssystem, das nicht nur im Akutfall die Menschen versorge, sondern auch auf die veränderten klimatischen Bedingungen vorbereitet sei. Man werbe daher um Zustimmung zu dem Antrag.

Die **Fraktion Die Linke** unterstützt das grundsätzliche Anliegen des Antrags, die Bevölkerung wirksam und sozial vor extremer Hitze zu schützen. Hitzeschutz sei eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, da vor allem besonders vulnerable Gruppen, Pflegebedürftige, ältere Menschen, Wohnungslose oder Beschäftigte im Freien gefährdet seien. Absichtserklärungen reichten aber nicht aus, sondern müssten finanziell und personell unterfüttert sein. Der Antrag zeige notwendige Weichenstellungen auf und formuliere Zielstellungen für einen effektiven Hitzeschutz vor allem für vulnerable Gruppen und gefährdete Berufsgruppen. Gerade in der jetzigen Zeit müsse man gemeinsam nach der nötigen Finanzierung suchen, was aber nicht grundsätzlich gegen den Antrag spreche. Man werde daher zustimmen.

Berlin, den 14. Oktober 2026

Serdar Yüksel
Berichterstatter

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.